

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Lippelt (Hannover), Dr. Mechtersheimer und der Fraktion
DIE GRÜNEN**

Zustimmungsverweigerung des Deutschen Bundestages zur geplanten Lieferung von Tornado-Kampfflugzeugen an das Königreich Jordanien

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Zustimmung zum Export von Tornado-Kampfflugzeugen an das Königreich Jordanien zurückzuziehen.

Bonn, den 31. Oktober 1988

Dr. Mechtersheimer

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Die Bundesregierung erhebt keinen Einspruch gegen einen Waffenexport, der nach deutschem Recht eindeutig verboten ist. Jordanien liegt auch nach Auffassung der Bundesregierung in einem Spannungsgebiet. Bei dem für Jordanien vorgesehenen Kampfflugzeug MRCA Tornado handelt es sich um einen Bomber, der für den offensiven Einsatz, auch für Atomwaffen, konzipiert ist.

Die Bundesregierung verstößt gegen ihre bisherige Nahost-Politik. Sie wird völlig unglaubwürdig, wenn sie den Interessen von Waffenhändlern folgt, statt mit politischen Mitteln auf eine friedliche und gerechte Lösung des Nahost-Konfliktes hinzuwirken. Die Bundesregierung arbeitet all den Kräften in Israel und den arabischen Ländern, die sich einer friedlichen Lösung widersetzen, in die Hände.

Der Versuch der Bundesregierung, das Waffengeschäft offenkundig auch wegen der bevorstehenden Gedenkfeiern zur Reichskristallnacht geheimzuhalten, ist gescheitert. Die Lieferung von Offensivwaffen an ein Land, das sich im Kriegszustand mit Israel befindet, ist eine besonders verwerfliche Maßnahme, die Spannungen in einem der gefährlichsten Kriegsgebiete zu verschärfen.

